

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 02.10.2018

Von Malte Daniljuk  
04.10.2018

**Motto: «Schießen statt reden»**

*Kriegsausgaben haben für BRD und EU weitaus höheren Stellenwert als Diplomatie*



Panzer und Maschinengewehre für die Welt: Bundeswehr-Soldat am Stadtrand von Kundus  
Foto: Hannibal Hanschke/dpa

Das grundsätzliche Problem zeigt schon der nächste Bundeshaushalt, er könnte auch unter dem Motto »Schießen statt reden« stehen. Unter offener Missachtung ihres Koalitionsvertrages wird die »große Koalition« das deutsche Militär mit deutlich mehr zusätzlichen Geldern ausstatten, während beim Auswärtigen Amt und in der Entwicklungspolitik die Mittel gekürzt werden. Geht es nach SPD-Finanzminister Olaf

Scholz, wird das Verteidigungsministerium im Jahr 2022 knapp 44 Milliarden Euro erhalten, das Auswärtige Amt nur fünf Milliarden.

Die gleiche Tendenz zeigt sich in der EU-Politik: Kaum eine europapolitische Initiative kommt voran. Einigkeit unter den Regierungen der Mitgliedsstaaten lässt sich nur herstellen, wenn es um Aufrüstung geht. Für Rüstungsinitiativen wie die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (engl. PESCO) und den »Europäischen Verteidigungsfonds« (EVF) stellt die EU-Kommission Milliarden bereit, obwohl im Vertrag von Lissabon ausdrücklich ein Verbot festgeschrieben ist, aus Eigenmitteln der EU militärische Projekte zu finanzieren. Allein über den EVF können bis zu 13 Milliarden Euro an Steuermitteln ohne parlamentarische Kontrolle an Rüstungsunternehmen verschenkt werden.

Einen mit dem Lissabon-Vertrag begründeten Antrag der Fraktion Die Linke, der die Bundesregierung aufforderte, das Projekt zu stoppen, lehnten die meisten Fraktionen im Bundestag ab, darunter auch die Grünen. Die kriegerische Logik geht soweit, dass selbst Infrastrukturausgaben neuerdings mit Rüstungsprojekten begründet werden. Die EU-Kommission plant laut Haushaltsentwurf, aus dem eigentlich zivilen Topf »Connecting Europe« mit 6,5 Milliarden Euro den Plan der NATO zu finanzieren, die Straßen, Brücken und Häfen in Richtung Russland zu sanieren, damit sie mit schweren Panzern befahren werden können.

Mit vielen wohlklingenden Worten hat die SPD-Führung im März ihre Mitglieder überredet, einer erneuten Regierungsbeteiligung zuzustimmen. Im Koalitionsvertrag wurde u. a. versprochen, dass die Finanzierung der Entwicklungspolitik genauso stark angehoben wird wie die Militärausgaben. Und angeblich sollten keine Waffen mehr an Staaten geliefert werden, die am besonders grausamen Jemen-Krieg beteiligt sind. Pünktlich vor dem Treffen von SPD-Außenminister Heiko Maas in der vergangenen Woche mit dem saudi-arabischen Außenminister in New York genehmigte der Bundessicherheitsrat im September neue Artillerie-Ortungssysteme für gepanzerte Fahrzeuge in Saudi-Arabien, Gefechtsköpfe für Flugabwehrsysteme auf Kriegsschiffen der Vereinigten Arabischen Emirate und Panzerabwehrraketen für Jordanien.